

Vg (Giac) / 7a

DER DELEGIERTE
FÜR HANDELSVERTRÄGE

3003 BERN, 6. Oktober 1980

77.230 Norw

Norw. 821.AVA - So/ad

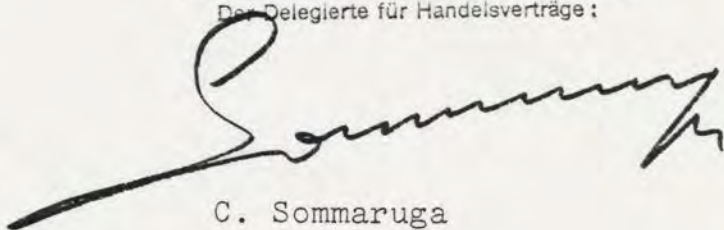
Notiz an den bilateralen Länderdienst Westeuropa (Lu)
das Integrationsbüro EDA/EVD

Besuch von Bundesrat Honegger
in Oslo vom 15./16. September 1980

Sie erhalten in der Beilage fünf von unserer Botschaft in Oslo verfasste Notizen über die Besprechungen des Vorstehers des EVD mit den norwegischen Aussenhandels-, Aussen-, Industrie- und Landwirtschaftsministern, sowie mit der Parlamentsabgeordneten Frau Brundtland. Diese Aufzeichnungen ergänzen die Ihnen schon zugestellte synthetische Notiz, welche für den Gesamtbundesrat bestimmt war.

Bundesamt für Aussenwirtschaft

Der Delegierte für Handelsverträge:



C. Sommaruga

Kopie mit Beilage an:

Schweizerische Botschaft, Oslo (mit verbindlichem Dank und mit der Bitte, die zwei kleinen Korrekturen zu beachten)

Schweizerische Delegation, Genf

Schweizerische Mission bei den EG, Brüssel

vT (1,2,3), Sb, Gi, Lu, Md (1,2,3), Lug (2), Bs (1,4),
Sa (2), Eb (1,3), Bo, Fo (1,2,3), Kz, Pw, Sö

7

Besuch von Bundesrat Honegger in Norwegen
 Gespräch mit Minister Steen, 16.9.1980

10.00 Uhr

anwesend:

- Bundesrat Honegger
- Botschafter Sommaruga
- Botschafter Nussbaumer
- J. Bucher (Protokoll)
- Handels- und Schifffahrtsminister Steen
- Staatssekretär Ølberg, Handelsdepartement
- Generalsekretär Skarstein, "
- W. Solberg, Aussenministerium
- T. Naess, Handelsdepartement
- E. Aarhus, Handelsdepartement
- A. Langeland, Handelsdepartement

Minister Steen fasst einleitend die Lage der norwegischen Wirtschaft zusammen. Von ferne könnte man glauben, Norwegen hätte keine Sorgen. Dem ist nicht so. Das Erdöl bringt nicht nur Geld, es bringt auch Probleme.

Das Ziel der norwegischen Oelpolitik besteht darin, mit den Erdölerträgen eine langfristig solide Industrie aufzubauen, d.h. in der Industrie zu investieren, um auch nach dem Erdöl die Arbeitsplätze sicherzustellen. Diese Zielvorstellung ist in Norwegen unbestritten. Nur ist sie schwieriger zu realisieren, als ursprünglich angenommen wurde.

Teilweise liegt das daran, dass die Oelindustrie die bestqualifizierten Arbeitskräfte der restlichen Industrie abwirbt. Wenn zudem beispielsweise 1980 die Aktivitäten im Wohnungsbau reduziert werden, ist es fast unmöglich, später den Wohnungsbau wieder zu beschleunigen, weil inzwischen die Arbeitskräfte in der Nordsee "verschwunden" sind. Für andere Industrien ist es deshalb auch schwierig, in Norwegen zu investieren und ihre Kapazitäten stark auszubauen.

Die Lohnsteigerungen im Oelsektor wirken sich auch auf andere Sektoren aus, was die ganze Wirtschaft unter Druck setzt, so dass für 1980/81 die Inflation zum grossen Problem der norwegischen Wirtschaftspolitik zu werden droht.

Bisher war Norwegen in der Inflationsbekämpfung zwar erfolgreich. Der im September 1978 eingeführte und für 15 Monate gültige Lohn- und Preisstopp brachte für 1979 nur eine Inflation von 4,7%. Es ist jedoch zu befürchten, dass die Teuerung Ende 1980 zwischen 11% und 15% liegen wird.

Zwar ist die beschleunigte Inflation nicht nur dem Erdölsektor anzulasten. Die Priorität der norwegischen Wirtschaftspolitik lag immer in der Sicherstellung der Vollbeschäftigung. Der heute feststellbare Arbeitskräftemangel gibt nun zusätzliche Inflationsimpulse. Und diese Teuerung verschlechtere dann wieder die Konkurrenzfähigkeit der norwegischen Industrie.

Es werde heute immer schwieriger, die wirtschaftspolitischen Zielvorstellungen mit den traditionellen Mitteln zu erreichen. Nach dem fünfzehnmonatigen Lohn- und Preisstopp seien anfangs 1980 die Lohnverhandlungen zwar ohne allzugrosse Schwierigkeiten und Streiks über die Bühne gegangen. Zudem versuche man, mit einer restriktiven Kredit- und Budgetpolitik den Inflationsdruck zu senken. Im Budget gäbe es jedoch wenig Spielraum und es sei heute schwierig, dem Volk zu erklären, dass man finanzielle Engpässe im Gesundheitssektor oder anderswo nicht einfach mit den Einnahmen aus dem Erdölexport überbrücken könne.

Das Absorptionsvermögen der norwegischen Wirtschaft für das Erdöleinkommen sei klein und der grösste Teil der erworbenen Ueberschüsse müsse deshalb im Ausland investiert werden.

Dank dem Erdöl sei in der norwegischen Aussenwirtschaft allgemein ein positiver Saldo zu erwarten. Trotz dem Erdölexport könnte jedoch die Handelsbilanz (nicht aber die Leistungsbilanz) bereits wieder 1981 mit einem Defizit abschliessen.

Nach einer kurzen Darstellung der schweizerischen Wirtschaftslage fragt Bundesrat Honegger, wie gross denn die Lohn Differenzen zwischen dem Oelsektor und den anderen Wirtschaftszweigen seien.

Minister Steen gibt als Illustration die verschiedenen Lohnerhöhungen für 1980 an: die in Norwegen ausgehandelten Arbeitsverträge brachten 1980 durchschnittlich eine Erhöhung von 11,6%, während die Lohnerhöhungen im Oelsektor zwischen 15% und 27% betragen.

Bezüglich allgemeiner Lohnpolitik in Norwegen präzisiert er, dass nicht eine automatische Indexierung bestehe, aber beim Ueberschreiten gewisser Grenzen automatisch Verhandlungen über Lohnanpassungen stattfinden würden. Die Regierung spiele bei diesen Verhandlungen eine aktive Rolle, vor allem wenn sich keine Lösung abzeichne. Mit Steuer senkungen oder Subventionen auf Lebensmitteln könnte etwas nachgeholfen werden.

Auf eine Frage von Botschafter Sommaruga, ob im erwarteten Handelsbilanzdefizit 1981 denn der Erdölexport einbezogen sei, erklärt Steen, die Erträge am Oel- und Gasexport seien inbegriffen, aber etwas vorsichtig geschätzt worden, während die Einfuhren erneut stark steigen dürften.

Für 1981 erwartet die Regierung aus dem Nordsee geschäft Einnahmen von 20 Mia. NKr. Ohne diese Erträge würde das Budget 1981 vermutlich mit einem Defizit von 17 bis 19 Mia. NKr. abschliessen. Ein Kapitalexport von regierungseigenen Mitteln sei demnach noch nicht zu erwarten.

Auf die Frage von Botschafter Sommaruga nach dem Verhältnis Norwegens zum Europäischen Währungssystem meinte Steen, ein Beitritt zum EMS sei für Norwegen z.Z. nicht aktuell. Der am 12. Dezember 1978 eingeführte Währungskorb (bestehend aus 12 verschiedenen, gewichteten Währungen der wichtigsten Handelspartner) hätte sich bewährt. Solange

Grossbritannien und Schweden dem EMS fernbleiben, gebe es auch für Norwegen keine wirtschaftliche Begründung zum Beitritt.

Die Frage von Bundesrat Honegger, ob Norwegen nicht ein übermässiges Ansteigen der Krone befürchte, beantwortet Steen nur ausweichend, man sei sich bewusst, dass die Aufwertung Vor- und Nachteile bringe. Zur geplanten Budgetpolitik für das Jahr 1981 stellt er Subventionskürzungen in Aussicht, welche sich mit 2% im Konsumpreisindex durchschlagen werden. Andererseits seien zur Korrektur der kalten Progression entsprechende Steuersenkungen vorgesehen.

Bezüglich Subventionen erklärt Staatssekretär Ølberg, die norwegische Schifffahrt würde überhaupt nicht mit Regierungsgeldern unterstützt, sondern nur der Schiffsbau. Dieser Wirtschaftszweig hätte vom Staat seit 1977 insgesamt rund 4 Mia. NKr. erhalten. Die Umstrukturierung sei jedoch voll im Gang und die Zahl der Arbeitsplätze würde von 21'000 auf 12'500 reduziert, wobei im wesentlichen eine Umstellung auf den Bau von Offshoreeinrichtungen (Bohrtürme, etc.) erfolge.

* * *

Steen erklärt, in der Nord-Südproblematik hätte sich Norwegen aktiv für eine neue internationale Wirtschaftsordnung eingesetzt, z.B. im Rahmen der UNCTAD. Aber man hätte auch Probleme, etwa im Textilsektor.

Nachdem Bundesrat Honegger erläutert, wie die schweizerische Textilwirtschaft sich erfolgreich an die neuen Bedingungen anzupassen versteht, erklärt Langeland die norwegischen Sorgen.

Der Druck von Billigtextilien sei in Norwegen so gross, dass die lokale Industrie nur noch einen Marktanteil von 23% erreiche. Die lokale Produktion stamme zudem vor allem von kleinen Fabriken, worin auch der Anteil der Frauenarbeit sehr hoch sei. Wenn es Norwegen nicht gelinge, zumindest noch diese Produktionskapazität zu erhalten, sei es nicht möglich, die dazugehörige Infrastruktur (wie spezielle Berufsausbildung etc.) beizubehalten - und ohne diese Infrastruktur würde die norwegische Textilindustrie vollkommen zusammenbrechen.

In der ersten Hälfte Oktober würden mit Hongkong die Verhandlungen wieder aufgenommen und das Ziel bestehe darin, für 1981 einen Plafond für die Gesamteinfuhren und Quotas im Rahmen dieses Plafonds zustandezubringen und in diesem Rahmen neben Hongkong auch mit den anderen Partnern Verhandlungen aufzunehmen.

Botschafter Sommaruga stellt die schweizerische Haltung klar bezüglich Selektivität im Rahmen Artikel XIX vom GATT-Abkommen und betont, Ausnahmemassnahmen sollten einer multilateralen Kontrolle unterworfen werden.

* * *

Zu den bilateralen Problemen übergehend, stellt Steen eine befriedigende Entwicklung des gegenseitigen Handelsverkehrs fest: zwar seien die norwegischen Ausfuhren noch immer viel tiefer als die Einfuhren, doch hätte sich das Defizit in letzter Zeit verkleinert und 1980 hätten die norwegischen Exporte um 29% zugenommen.

- 6 -

Bundesrat Honegger erklärt die Probleme mit unseren Pharmaprodukten. Steen erwidert, er hätte gehört, es sei eine Lösung für die Richtlinien der Preisanpassung gefunden worden zwischen NOREFARM und den norwegischen Gesundheitsbehörden. Seines Wissens hätte auch Hoffmann-La Roche an diesen Verhandlungen teilgenommen und sei scheinbar zufriedengestellt.

Botschafter Nussbaumer präzisiert, dass auch die neue Preisformel keine automatische Preisanpassung sicherstelle und angesichts der bisherigen Preispolitik der Gesundheitsbehörden sei zu befürchten, dass das Problem damit überhaupt nicht gelöst sei.

Staatssekretär Ølberg bestätigt, dass die Regierung in der Preisgestaltung von Einfuhren trotz Auslaufen des Preisstopps sehr strikte sei, aber die Schweiz nicht mehr als andere Länder davon betroffen würde.

Botschafter Sommaruga widerspricht dem, weil die monetäre Entwicklung die schweizerischen Exportpreise viel stärker treffe. Er erinnert an die erfolglosen Vorverhandlungen zwischen einer schweizerischen Delegation und Direktor Mork, gibt seinem Verständnis für eine zurückhaltende Preispolitik und seiner Hoffnung auf einen fairen Mittelweg Ausdruck und betont, es sei unumgänglich, dass das Handelsministerium Mork etwas unter Druck setze, damit ein fairer Kompromiss zustandekomme.

Steen meint abschliessend, das Problem müsste auf unterer Stufe zwischen den beiden Delegationen noch klar definiert werden, aber er gäbe Langeland alle Macht dazu, die es Mork gegenüber brauche und hoffe auf eine befriedigende Lösung.

Bezüglich Käseexport nach Norwegen erklärt Langeland, dass das Abkommen von 1962, welches halb in Vergessenheit geraten war, nun wieder reaktiviert worden sei - wobei er einmal mehr betont, sich gegen aussen nicht darauf zu berufen. Im Jahre 1979 hätte die Schweiz mehr Käse nach Norwegen exportiert, als in diesem Abkommen vorgesehen sei.

Er betont anschliessend, für Norwegen sei es vorrangig, mit der EG eine Lösung zu finden, da Norwegen noch als einziges Land mit der Gemeinschaft kein Abkommen über Käseexport habe abschliessen können. Norwegen hätte vorgeschlagen, der EG ein Kontingent von z.B. 2'000 Tonnen einzuräumen, falls sie Norwegen umgekehrt ein gleich grosses Kontingent einräumen würde. Doch sei die EG auf diese Offerte nicht eingegangen, so dass sich Norwegen gezwungen sah, die alten Kontingente wieder strikte anzuwenden.

Staatssekretär Ølberg erklärt zum Problem des Exportes von Rotwein nach Norwegen, das Handelsdepartement hätte auf das Weinmonopol keinen Einfluss. Aber das Weinmonopol bevorzuge aus praktischen Gründen eine beschränkte Anzahl von Weinsorten zu führen. Es sei Sache des Agenten, sich beim Weinmonopol um die Aufnahme eines bestimmten Weines zu bemühen. Seit dem 1. Januar 1979 sei beim Weinmonopol jedoch kein Gesuch für einen schweizerischen Rotwein eingegangen.

(Die Gespräche über die EFTA-Politik werden auf die Zeit nach dem Nachtessen verschoben).

Besuch Bundesrat Honegger

Gespräch mit norwegischem Aussenminister Frydenlund
vom 15.9.80 09.00 Uhr

anwesend: - Bundesrat Honegger
- Botschafter Sommaruga
- Botschafter Nussbaumer
- J. Bucher (Protokoll)

- Aussenminister Frydenlund
- W. Solberg, Aussenministerium
- T. Naess, Handelsdepartement

Frydenlund erklärt nach kurzer Begrüssung, Norwegen werde bald Kapital exportieren können und wäre deshalb in absehbarer Zeit froh, einige "Tips" von der Schweiz zu erhalten, wie es am besten mit diesem Problem fertig werden könnte.

Honegger kommt bei seiner kurzen Darlegung der schweizerischen Wirtschaftslage vor allem auf unsere Handelsbilanz und die Inflation zu sprechen und erklärt die Sorge um einen zu hohen Schweizerfrankenkurs.

F meint, die Schweiz gleiche einer Insel mit fast keinen Wirtschaftsproblemen und fragt sich, warum dem so sei. Ist das vor allem der Führung (der Regierung) gutzuschreiben?

H kann dies zwar teilweise bejahen, legt jedoch Wert darauf zu betonen, dass vor allem die Wirtschaft fähig war, rechtzeitig Strukturveränderungen vorzunehmen.

F fragt, ob denn die Wirtschaft von sich aus diese Umstellungen vorgenommen hätte. Hat sich die Regierung nicht daran mitbeteiligt?

H verneint dies indem er präzisiert, die Entscheide zu Umstellungen und zur Umstrukturierung seien alle von der Wirtschaft autonom und nicht von der Regierung getroffen worden.

F meint darauf, es wäre von Nutzen, die Verantwortlichen in der norwegischen Textilindustrie einmal in die Schweiz zu schicken.

* * *

F erklärt, als EFTA-Mitglieder hätten die Schweiz und Norwegen ein gemeinsames Problem - ihre Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft. Sein niederländischer Kollege hätte ihm kürzlich vorgeschlagen, ein gemeinsames Treffen der Aussenminister von allen EG- und EFTA-Ländern durchzuführen. (Auf eine spätere Frage von Botschafter Sommaruga präzisiert er, sein niederländischer Kollege hätte dieses Aussenministertreffen nur als eine von verschiedenen Möglichkeiten erwähnt. Aehnliche Ideen seien schon einmal von Kreisky lanciert worden. Irgendetwas könnte schon daraus werden, meinte er und verwies auf die Coreper-Berichte).

H sagt, die Schweiz pflege mit der EG auf politischem Gebiet keinen direkten Kontakt. Wirtschaftlich seien wir hingegen sehr offen und durchaus bereit mitzumachen. Politisch sei die Schweiz sehr zurückhaltend.

F erklärt, in Norwegen gäbe es Strömungen, wonach die politische Zusammenarbeit mit der EG institutionalisiert werden sollte. Er äussert sich dazu jedoch skeptisch, zweifelt an der praktischen Durchführbarkeit und betrachtet diesen Weg als nicht gangbar.

Nach einem möglichen Beitritt Norwegens zur EG befragt, meinte F, ein neuer Versuch sei zur Zeit nicht an der Tagesordnung. Interessant sei aber, dass viele alten EG-Gegner in Norwegen heute auf eine Annäherung an die EG pochen. Der Grund dazu: nach dem Nein zum EG-Beitritt hätte sich Norwegen bewusst etwas den Vereinigten Staaten angenähert. Hier, im hohen Norden sei es schwierig, allein und isoliert zu sein. Diese Annäherung an die US sei aber keineswegs das Ziel der EG-Gegner gewesen, welche jetzt versuchen, mit einer Wiederannäherung an die EG Distanz von den USA zu gewinnen.

Diese Tendenz würde noch verstärkt durch die Tatsache, dass bezüglich Abrüstung die Amerikaner hier als lauwarm gelten, während die Europäer (vor allem Frankreich und die Bundesrepublik) dieser Frage mehr Bedeutung beimessen. Norwegen stehe in dieser Sache natürlich den Europäern näher.

Die proamerikanische Stimmung sei jedoch in Norwegen sehr stark und auch die entgegengesetzten Strömungen würden daran wenig ändern. Gemäss einer kürzlichen Umfrage gehen 83% der Norweger davon aus, dass im Notfall Amerika Norwegen militärisch unterstützen würde.

Die politische Zusammenarbeit der EG sei bisher ein Erfolg gewesen. Die Rolle und das Gewicht Europas in der Welt seien dabei gestärkt worden. Als Antwort auf diese gestärkte Präsenz Europas - und als Kompensation für seine Nichtmitgliedschaft - hat Norwegen die bilateralen Beziehungen zu den EG-Ländern sowie die Beziehungen zur EG-Kommission ausgebaut. Vor allem die Verstärkung der persönlichen Beziehungen mit den Aussenministern der EG-Staaten, welche man ja von der Nato her schon gut kenne, würde weitergetrieben.

Zudem geht der norwegische Premierminister Nordli im November nach Brüssel zur EG-Kommission auf Besuch und wird dabei mit deren Präsident, Roy Jenkins, zusammen-treffen.

H fragt, ob der Besuch des Premierministers in Brüssel nicht im Rahmen einer politischen Zusammenarbeit mit der EG stattfinde.
Nein, erklärt F, in einer kürzlichen Parlamentsdebatte hätte die Regierung klargestellt, dass erstens am negativen Volksentscheid zum EG-Beitritt festgehalten werde, zweitens aber Norwegen deshalb nicht daran gehindert sei, sich der EG pragmatisch etwas anzunähern. Die Regierung müsse jedoch achtgeben, auch bei diesem pragmatischen Vorgehen nicht die Rückendeckung des Parlamentes zu verlieren.

H fragt, ob sich Europa nicht vermehrt für Norwegen interessiere, weil Norwegen ein erdölexportierendes Land geworden sei.

F meint, zweifellos seien die Befürchtungen über eine Isolierung Norwegens nach dem EG-Nein nicht Wirklichkeit geworden. Die norwegische Erdölproduktion hätte bestimmt mitgeholfen, diese Isolierung zu lösen.

* * *

H sagt, die Schweiz hätte bei der KSZE in Madrid gerne Afghanistan zur Sprache gebracht. Was sei Norwegens Haltung dazu?

F meint, wenn Afghanistan die Konferenz wie ein roter Faden durchziehen sollte, dann sei das Treffen in Madrid bestimmt ein Misserfolg, dann gäbe es weder bezüglich Abrüstung noch bezüglich Folgekonferenz etwas Positives. Er sei jedoch der Ansicht, eine "Afghanistan-Runde" (von 2-3 Tagen)

könnten die Russen noch akzeptieren. Die norwegische Haltung sei jedoch noch nicht so präzise festgelegt und man hätte auch nicht die Absicht, sich in dieser Frage zu profilieren.

H präzisiert, seriös diskutieren würde bedeuten, Minimalbedingungen zu stellen und erst nach deren Erfüllung zur Tagesordnung überzugehen. Sonst verliere die KSZE, zumindest in den Augen des Schweizervolkes, an Glaubwürdigkeit.

F stellt fest, auch Norwegen kenne oft ein ähnliches Dilemma, jenes zwischen Moralpolitik und Realpolitik.

SO fragt, wo F konkrete Erfolgchancen der KSZE sehe.

F denkt vor allem an einen Weiterausbau der vertrauensbildenden Massnahmen sowie an Abrüstung (gemäss französischen oder polnischen Vorschlägen). Dies wäre eine angemessene Antwort auf Afghanistan und darauf angelegt zu verhindern, dass sich in Europa etwas Ähnliches wiederholen könnte.

Das bedeutet jedoch nicht, andere Körbe auszuschliessen. Die verstärkte wirtschaftliche Integration zwischen Ost und West erzeuge eine sehr wichtige Interdependenz. Als Beispiel dazu erwähnt er die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der DDR und der BRD, Beziehungen, welche die Afghanistankrise gut überlebt hätten. Ein plötzlicher und totaler Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Deutschland hätte für die BRD schlimme, für die DDR katastrophale Folgen. Dies sei bedeutungsvoll und mache einen Rückfall viel schwieriger. Ähnliches gelte auch für Polens Integration in die westliche Wirtschaft.

Besuch Bundesrat Honegger

Gespräch mit Industrieminister Skytöen 15.9.80 16.00

(Zusammenfassung)

Die norwegische Industrie hätte in den 50er und 60er Jahren eine aufsteigende Entwicklung durchgemacht. Jetzt leide sie unter einem Rückschlag.

Rückschlag teilweise bedingt durch vorhandene Überkapazität (z.B. Schiffsbau), teilweise verursacht durch die grössere ausländische Konkurrenz auf in- und ausländischen Märkten.

Im Schiffsbau hatte man im Rahmen der Umstellungen die Kapazität um 40% gesenkt. Dies sei heute bereits erreicht. Dank der Umstellung auf den Bau von Bohrtürmen usw. sei die Umstrukturierung erfolgreich verlaufen.

Die Umstellungen in der Textilindustrie sollen 1982 abgeschlossen sein. In diesem Sektor zahlt die Regierung dieses Jahr für 80 Mio NKr. Subventionen.

Auch die Möbelindustrie leide unter grossen Schwierigkeiten.

Das Nordseeöl hätte bis heute die norwegische Industrie doch überwiegend positiv beeinflusst. Er gab ihr neue Wachstumsimpulse und neue Technologie für die Offshore-Aktivitäten. Allerdings sei das Arbeitskräftepotential beschränkt.

Beauch Bundesrat Honneger

Bezüglich betrieblicher Mitbestimmung hat Norwegen 1972 ein Gesetz eingeführt, wonach die Arbeitnehmer in der Geschäftsleitung (d.h. auch im Verwaltungsrat) über einen Drittel der Sitze verfügen sollten.

Die norwegische Industrie hatte in den 50er und 60er Jahren eine aufstrebende Entwicklung durchgemacht. Jetzt leidet sie unter einem Rückschlag.

Rückschlag teilweise bedingt durch vorhandene Überkapazitäten (z.B. Schiffbau), teilweise verursacht durch die größere ausländische Konkurrenz auf in- und ausländischen Märkten.

In Schweden hatte man im Rahmen der Umstellungen die Kapazität um 40% gesenkt. Dies sei heute bereits erreicht. Dank der Umstellung sei der Bau von Bohrbohrern usw. seit der Umstrukturierung erfolgreich verlaufen.

Die Umstellungen in der Textilindustrie sollen 1983 abgeschlossen sein. In diesem Sektor zahlt die Regierung dieses Jahr für 80 Mio. Nkr. Subventionen.

Auch die Möbelindustrie leidet unter grossen Schwierigkeiten.

Das Nordseeöl hatte bis heute die norwegische Industrie doch überwiegend positiv beeinflusst. Er gab ihr neue Wachstumsimpulse und neue Technologie für die Offshore-Aktivitäten. Allerdings sei das Arbeitskräftepotential beschränkt.

4

Gespräch mit Landwirtschaftsminister Øksnes 15.9.80 15.00Uhr

(Zusammenfassung)

Die Norweger haben keinen Ueberschuss bei der Fleischproduktion. Die Milchproduktion beträgt rund 110% des Verbrauches, der Ueberschuss wird fast ausschliesslich in Form von Käse exportiert. Die Regelung der Milchproduktion erfolge durch ein Bonussystem, wobei im Notfall auch eine Kontingentierung eingeführt werden könnte.

Der Futtermittelimport erfolgt durch ein Staatsmonopol, Höchstquoten gibt es keine, die Einfuhren werden ausschliesslich durch Preiszuschläge reguliert.

Die jährlichen Subventionen an die Landwirtschaft betragen 6,5 Mia. NKr. Zieht man die Zollerträge ab, so kostet die Landwirtschaft dem Staate netto 6 Mia. NKr. (rund 2 Mia. SFr.).

Norwegen exportiert seinen Käse vor allem nach Amerika, der EG und nach Japan.

Direktor Grue wiederholt die bekannten Probleme mit der EG, bestätigt die Gültigkeit des Abkommens von 1962, welches Norwegen auch 1980 und 1981 respektieren werde. Zudem seien nun zwei weitere Marken Schweizerkäse auf die Importliste gesetzt worden. Grue verspricht, in dieser Sache mit uns wieder Kontakt aufzunehmen.

Es sei noch nicht absehbar, wann mit der EG eine Lösung gefunden werde. Aber Grue wiederholt, dass nach diesem Abkommen mit der EG die norwegischen Behörden in der Lage seien, über ein "rearrangement" oder eine Anpassung der Quoten mit der Schweiz zu verhandeln.

Gespräch mit Landwirtschaftsminister Östman 12.9.80

Botschafter Sommaruga gibt der Hoffnung Ausdruck, dass sich auch für den Fall langwierige Verhandlungen in Brüssel mit der Schweiz eine Lösung finden lasse, dass mit anderen Worten unsere berechtigten Forderungen nicht unter den norwegisch/gemeinschaftlichen Meinungsverschiedenheiten zu leiden hätten.

Das Verbot, in Form von Käse exportiert. Die Regelung der Milchproduktion erfolge durch ein Kontingenzsystem, wobei im Notfall auch eine Kontingenzierung eingeführt werden könnte.

Der Futtermittelimport erfolge durch ein Quotenmonopol. Höchstquoten gäbe es keine, die Einfuhren würden ausnahmslos durch Preisunterstützungen reguliert.

Die jährlichen Subventionen an die Landwirtschaft betragen 6,5 Mrd. Nkr. Bricht man die Lieferträge ab, so kostet die Landwirtschaft dem Staat netto 5 Mrd. Nkr. (rund 2 Mrd. Sfr.).

Norwegen exportiert seinen Käse vor allem nach Amerika, der EG und nach Japan.

Direktor Örne wiederholt die bekannten Probleme mit der EG, bestätigt die Dringlichkeit des Abkommens von 1981, welches Norwegen nach 1980 und 1981 respektieren werde. Zudem seien nun zwei weitere Marken Schweinefleisch auf die Importliste gesetzt worden. Örne verspricht, in dieser Sache mit uns wieder Kontakt aufzunehmen.

Es sei noch nicht absehbar, wann mit der EG eine Lösung gefunden werde. Aber Örne wiederholt, dass nach diesem Abkommen mit der EG die norwegischen Behörden in der Lage seien, über ein "restriktionsmanagement" oder eine Anpassung der Quoten mit der Schweiz zu verhandeln.

5

Besuch Bundesrat Honegger

Gespräch mit der Stortingsabgeordneten Frau Gro Harlem Brundtland vom 15.9.80

(Zusammenfassung)

Das Verhältnis zwischen den EG- und Eftaländern sei in Norwegen nicht mehr ein sehr aktuelles Thema, da die Beziehungen zwischen den beiden Ländergruppen natürlicher geworden seien. Norwegen suche mit der EG soviel Kontakt wie möglich, jedoch keine Mitgliedschaft.

Die meisten Norweger möchten, gemäss B., die Beziehungen mit der EG ausbauen, auch über die reinen Wirtschaftsfragen hinaus. Die Frage sei jedoch, wie sich das praktisch machen lasse.

Auf die Frage, ob Norwegen also einen Schritt weitergehen möchte in Richtung auf eine politische Zusammenarbeit mit der EG, meint B., man sähe heute in der Aussenpolitik ganz allgemein vermehrte Kontakte zwischen den Verantwortlichen. Zudem sei die EG als Gruppe politisch aktiver geworden und trete nach aussen vermehrt als eine Einheit auf. Es sei nur natürlich, dass Norwegen (wie andere nordische Länder) versuche, bei dieser Entwicklung mitzuhalten.

Auf die Frage, was sie von einem gemeinsamen Treffen von EG und Eftaparlamentarien halte, präzisierte B., ein

entsprechender Vorschlag sei ihr noch nicht bekannt,
aber Norwegen würde auf eine solche Idee bestimmt
positiv reagieren.

(Zusammenfassung)

Das Verhältnis zwischen den EU- und EFTA-Ländern sei in
Norwegen nicht mehr ein sehr aktuelles Thema, da
die Beziehungen zwischen den beiden Ländergruppen natürlicher
geworden seien. Norwegen suche mit der EG engeren Kontakt
wie möglich, jedoch keine Mitgliedschaft.

Die meisten Norweger möchten, gemäß E., die Beziehungen
mit der EU ausbauen, auch über die reinen Wirtschaftsverträge
hinaus. Die Frage sei jedoch, wie sich das praktisch machen
lasse.

Auf die Frage, ob Norwegen also einen Schritt weitergehen
möchte in Richtung auf eine politische Zusammenarbeit mit
der EU, meinte E., man täte heute in der Außenpolitik ganz
allgemein vermehrte Kontakte zwischen den Verantwortlichen.
Indem sei die EG als Gruppe politisch aktiver geworden und
trete nach aussen vermehrt als eine Einheit auf. Es sei nur
natürlich, dass Norwegen (wie andere nordische Länder)
versuche, bei dieser Entwicklung mitzuhalten.

Auf die Frage, was sie von einem gemeinsamen Treffen
von EG und EFTA-Parlamentarien halte, präzisierete E., ein